



Appell an EU-Agrarrat und EU-Parlament: „Sorgt für fairen Wettbewerb. Beendet die gekoppelten Zahlungen.“



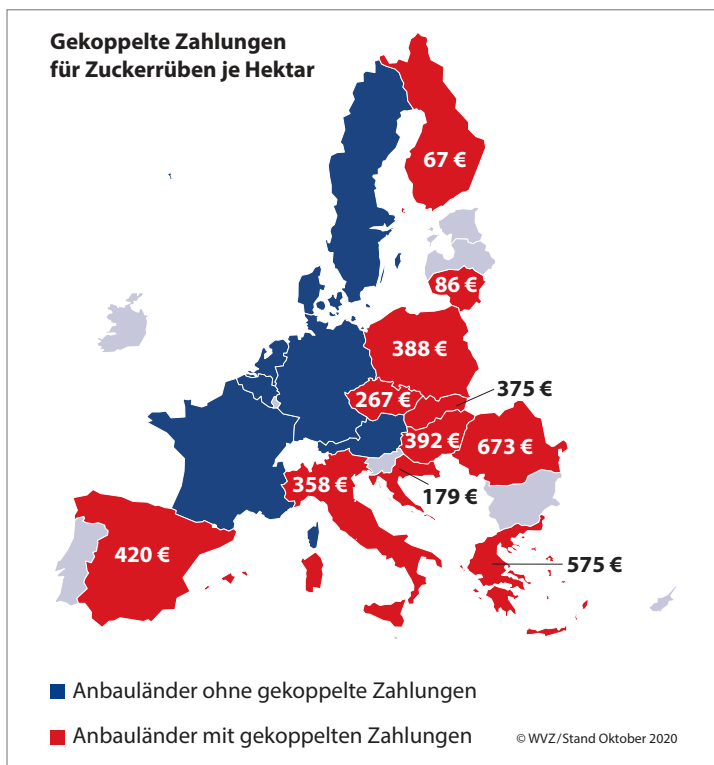
Wenn am 19. und 20. Oktober der EU-Agrarrat in Brüssel unter deutschem Vorsitz tagt, soll es auch um die Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gehen. Auch das EU-Parlament arbeitet an seinem Verhandlungsmandat für die GAP. Bundesministerin Julia Klöckner hatte wiederholt angekündigt, sich für die Abschaffung der gekoppelten Zahlungen einzusetzen. Die Zuckerwirtschaft fordert die Ministerin auf, ihr Versprechen jetzt einzulösen: Die GAP Verhandlungen sind der richtige Zeitpunkt, die Wettbewerbsverzerrungen durch Sonderprämien im Rübenanbau endlich zu stoppen.

Gekoppelte Zahlungen in elf Ländern

In elf EU-Mitgliedsstaaten können Landwirte fest mit ihnen rechnen: Subventionen, die in Form der sogenannten freiwilligen gekoppelten Unterstützung (VCS) für den Anbau von Zuckerrüben gezahlt werden. EU-weit wird so der Zuckerrübenanbau auf über 30 Prozent der Anbaufläche unterstützt, bis zu 673 Euro erhalten die Landwirte pro Hektar. Allerdings: Landwirte in Deutschland erhalten diese gekoppelten Zahlungen nicht. Und das hat dramatische Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Zuckerwirtschaft. WVZ-Hauptgeschäftsführer Günter Tissen macht deutlich: „Zucker aus diesen elf Ländern hat durch die Subventionen einen Preisvorteil von bis zu 30 Prozent gegenüber Zucker aus Deutschland. Das ist nicht fair und bedroht die gesamte Zuckerwirtschaft in Deutschland – vom Rübenanbauer bis zum Arbeiter in der Zuckerfabrik. Deshalb muss Schluss sein mit solchen Wettbewerbsverzerrungen.“



Günter Tissen,
Hauptgeschäftsführer der
Wirtschaftlichen Vereinigung
Zucker (Quelle: WVZ)



**„Ganz konkret:
Streichen Sie die Zuckerrübe
aus dem Katalog* der
gekoppelten Zahlungen.“
Günter Tissen**

*COM(2018) 392; Kapitel II; Abschnitt 3
„Gekoppelte Direktzahlungen“; Unterabschnitt 1 Artikel 30

Universität Wageningen: Voraussetzungen für Subventionen sind nicht mehr gegeben

Für alle gekoppelten Prämien gilt, dass sie nur dann gewährt werden dürfen, wenn der jeweilige Sektor in seinem Bestand gefährdet ist. Dieser gutgemeinte Ansatz ist durch die Anwendung in den einzelnen Ländern jedoch völlig aus dem Ruder gelaufen. Das macht eine Studie der niederländischen Universität Wageningen deutlich. So ist das ursprüngliche Ziel, den befürchteten Rückgang des Zuckerrübenanbaus zu stoppen, längst erreicht. Dies zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Anbauflächen seit der Abschaffung der Zuckerquoten. In keinem Land ist ein drastischer Rückgang der Anbauflächen zu verzeichnen. Teilweise ist sogar eine deutliche Ausweitung des Anbaus erfolgt.

Dazu Günter Tissen: „Die gekoppelten Zahlungen wurden 2013 im Rahmen der GAP unter bestimmten Voraussetzungen beschlossen. Heute zeigt sich: Diese Voraussetzungen sind nicht mehr gegeben. Daher müssen sie mit der anstehenden GAP Reform auch wieder aus der Welt geschafft werden. Es kann ja zudem nicht richtig sein, dass Gelder des Netto-Beitragszahler Deutschland dafür genutzt werden, eine Branche am Standort Deutschland aus dem Markt zu verdrängen.“

Subventionen stoppen und faire Bedingungen schaffen

Für die Beschäftigten in der Zuckerwirtschaft haben gekoppelte Zahlungen einen doppelten Effekt. Sie drücken die Rübenpreise und verschaffen zudem ihren Empfängern in aktuell elf europäischen Ländern einen deutlichen Wettbewerbsvorteil. Und es besteht die Gefahr, dass noch weitere Länder auf diesen Zug aufspringen, denn bisher lehnt die EU-Kommission die Abschaffung der Prämien ab. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat bereits im Dezember 2019 auf der Tagung des Europäischen Rates für Landwirtschaft und Fischerei die Forderung nach Rückführung wettbewerbsverzerrender gekoppelter Zahlungen gestellt. Jetzt muss sie handeln. Die EU-Ratspräsidentschaft sowie die Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen und die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollten hierfür Anlass sein. Günter Tissen fordert: „Die Bundesregierung muss die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um die gekoppelten Zahlungen für den Zuckerrübenanbau zu stoppen. Ich erwarte, dass Bundesministerin Klöckner ihr Wort hält und sich dafür stark macht. Das erwarte ich auch vom EU-Agrarrat und -Parlament.“

IMPRESSUM
Wirtschaftliche Vereinigung
Zucker e.V.
Friedrichstraße 69
10117 Berlin
Tel.: +49 30 206 18 95 -11
Fax: +49 30 206 18 95 -91
www.zuckerverbaende.de

Mehr Infos, Meinungen
und Fakten unter
www.wirsindzucker.de